Grünliberale
créateurs d'avenir

Medienmitteilung der GLP des Kantons Zürich

Zürich, 2. Oktober 2025

Medienmitteilung

«Wohneigentum wieder ermöglichen (Wohneigentums-Initiative)» und «Starthilfe für Junge und Familien (Starthilfe-Initiative)»:

GLP fordert mehr Wohnraum für alle Bevölkerungsschichten

Die Situation im Wohnungsmarkt ist angespannt. Es braucht dringend Lösungen. Der Hauseigentümerverband fordert mit zwei Initiativen, dass Wohneigentum im gleichen Umfang wie bezahlbare Mietwohnungen vom Kanton gefördert werden soll. Zudem, dass der Kanton mit Bürgschaften junge Menschen und Familien beim Erwerb von Wohneigentum unterstützt. Die Grünliberalen lehnen beide Initiativen und die Gegenvorschläge ab, weil sie das Wohnproblem nicht lösen.

Kantonsrätin Monica Sanesi hält fest: «Wohnungen sind knapp und die Bevölkerung wächst. Die zwei Initiativen des Hauseigentümerverbands fokussieren nur darauf, Wohneigentum zu begünstigen. Die Grünliberalen stehen dafür ein, dass im Kanton Zürich rasch mehr bezahlbaren Wohnraum für alle Bevölkerungsschichten entsteht. Wir müssen bauen, bauen, bauen.»

Mit der Starthilfe-Initiative könnten potenzielle Käufer:innen auch mit weniger Eigenkapital Wohneigentum erwerben. Die Voraussetzungen zum Einkommen für Hypotheken blieben jedoch unverändert. Kantonsrätin Monica Sanesi ist überzeugt: «Es ist nicht Aufgabe des Kantons, Bürgschaften für private Immobilienkäufe zu übernehmen. Das ist die Aufgabe der Banken. Und das soll auch so bleiben.»

Für Christa Stünzi, Fraktionspräsidentin und Kantonsrätin, ist die Wohneigentum-Initiative kritisch: «Der Handlungsspielraum für Investor:innen wird mit der Initiative eingeschränkt. Das schreckt Investoren ab und es werden keine neuen Wohnungen gebaut, weder zur Miete noch für Eigentum. Das wirkt kontraproduktiv auf den Wohnungsmarkt. Da es dieBautätigkeit weiter reduziert statt fördert.»

Massnahmenplan gegen die Wohnungskrise
Die Grünliberale Partei Kanton Zürich hat im letzten Frühling einen Massnahmenplan erarbeitet, um die Wohnungskrise zu lösen. Dieser beinhaltet die folgenden Hauptforderungen:
1. Es muss mehr, schneller und verantwortungsvoll gebaut werden:
Dies kann mit beschleunigten Baubewilligungsverfahren und pragmatischere Auflagen angegangen werden. Die Rekursverfahren müssten effizienter erfolgen und Richt- und Zonenplanungen müssten flexibilisiert werden.

2. Mehr Bewohnende in bestehenden Liegenschaften:
Dies kann durch Verdichtung im Bestand oder mit der Umnutzung leerstehender Büroflächen erreicht werden.

3. Mehr innovative und flexible Wohnformen:
Durch gemeinschaftlich genutzter Infrastruktur kann Fläche eingespart und dennoch unseren Bedürfnissen gerecht werden.

Kontaktpersonen für Medienanfragen
Monica Sanesi, Kantonsrätin, Mitglied der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK), 079 339 98 21
Christa Stünzi, Kantonsrätin und Fraktionspräsidentin, 079 771 76 63